

Die Linke Sachsen

2. Tagung des 17. Landesparteitages

13. April 2024

A. Leiteträge

A.1. Landtagswahlprogramm der Linken Sachsen zur Landtagswahl 2024

ÄA.1.114. Änderungsantrag: Der Energiesektor muss konsequent demokratisiert werden! (Mehrheit in Aufsichtsräten)

Einreicher*innen: Linksjugend Sachsen

Der Landesparteitag der Linken Sachsen möge beschließen:

Ergänze in Zeile 733 hinter "behalten":

*In den Aufsichtsräten der öffentlichen Infrastruktur müssen dabei natürlich Energiekonsument*innen, **Vertreter*innen besonders betroffener Gruppen des Klimawandel** und die Beschäftigten dieser Unternehmen die Mehrheit stellen.*

Begründung:

Nur ein konsequentes zurückdrängen privatwirtschaftlicher Interessen kann eine sozial-gerecht Energiewende gelingen lassen. Als Sozialist*innen müssen wir auch endlich wieder die großen Gegner angehen. LEAG ist der zweitgrößte Flächenbesitzer Ostdeutschland. Der Mutterkonzern EPH hält trotz erwartbarer Unwirtschaftlichkeit der Kohleenergie ab 2030 an der Kohleverbrennung bis 2038 fest. Zwar kündigte LEAG an, ihren enormen Bergbau-Flächenbesitz mit erneuerbarer Energien zu füllen, die konkrete Umsetzung bleibt dann jedoch von Profitinteressen geleitet und die Bevölkerung wird oft außen vor gelassen, während die Betriebe auch noch massiv Förderung erhalten. Die Kampagne "RWE und Co. enteignen!" aus NRW macht vor, wie mit dieser Marktlogik gebrochen werden kann und die Produktionsmittel in die Hände der Bevölkerung zurück gelangen. Die Kampagne plant 2029 einen Gesetzestext zur Enteignung zur Abstimmung zu stellen. Als parlamentarischer Arm der Bewegung muss es unsere Aufgabe sein, ein solches Gesetzesvorhaben auch in Sachsen zu forcieren, sei es über einen eigenen Gesetzesentwurf oder die Unterstützung eines Volksantrages. Die konkreten Vergesellschaftungsstrategie für einzelnen Bereiche der Energiekonzerne gilt es demokratisch zu entwickeln, weshalb nur von der Entwicklung eines Gesetzes die Rede ist. Die Forderungen folgen den Ergebnissen der Vergesellschaftungskonferenz 2024.

Entscheidung des Landesparteitages: